

DER KRIEG TRIFFT DEUTSCHLAND | VON JOCHEN MITSCHKA

Posted on 6. Oktober 2022

Ein Standpunkt von Jochen Mitschka.

Nun wurde also Deutschland zum ersten Mal direkt durch den Krieg in der Ukraine getroffen. Allerdings aller Wahrscheinlichkeit nach nicht von dem Angreifer, der in Deutschen Medien an die Wand gemalt wird. Der Westen ist propagandistisch gut aufgestellt, um auch außerhalb der NATO-Länder und den Verbündeten die Meinung zu beeinflussen. So hört man sogar in Afrika Aussagen von so genannten Fachleuten in westlich dominierten Medien, die den Eindruck aufkommen lassen, dass Russland seine eigenen Pipelines NorthStream1 und 2 gesprengt hätte. Daher sollten wir wieder hören, was außerhalb der Konfliktparteien von gut informierten Analysten ganz unaufgeregt und sachlich zu der Eskalation gesagt wird. Aber andererseits auch was die Referenden in den abtrünnigen Provinzen angeht, die zeitgleich die Gemüter im Westen glühen ließen.

Am 22. September 2022 erklärte der indische Ex-Diplomat M.K. Bhadrakumar „*Warum das Ukraine-Referendum eine große Sache ist*“. (1) Er schreibt, dass das Referendum vom 23. bis 27. September im Donbass und in den südlichen Regionen Cherson und Saporoschje über den Beitritt zur Russischen Föderation auf den ersten Blick nur die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der einheimischen Bevölkerung sei, die den vom Westen unterstützten Regimewechsel in Kiew im Jahr 2014 und den Aufstieg extrem nationalistischer Kräfte mit neonazistischen Tendenzen in der Machtstruktur ablehne. Tatsächlich habe es aber noch ganz andere Dimensionen.

Für Cherson und die Saporoschje-Kosaken sehe das Referendum drei aufeinander folgende Entscheidungen vor: Abspaltung dieser Gebiete von der Ukraine, Bildung eines unabhängigen Staates und Beitritt zur Russischen Föderation als Subjekt.

Im Jahr 2014 wurden alle rechtlichen Verfahren für die Aufnahme der Krim und Sewastopols in die Russische Föderation innerhalb von vier Tagen abgeschlossen, erklärt der Artikel. Auch dieses Mal sei ein zügiger Prozess zu erwarten. In Russland gebe es eine breite Unterstützung für die Wiedervereinigung mit der russischstämmigen Bevölkerung in den östlichen und südlichen Regionen der Ukraine, die in den vergangenen acht Jahren unter der brutalen Gewalt extremistischer ukrainischer Nationalisten, die den

Staatsapparat kontrollieren, zu leiden hatte. Für die russische Bevölkerung sei dies ein sehr emotionales Thema.

In der Zeit nach dem Kalten Krieg habe der Westen bei der Zerschlagung des ehemaligen Jugoslawiens erstmals den Geist der Selbstbestimmung aus der Flasche gelassen. Aber obwohl die USA bereits zwischen 1999 und 2008 die Abspaltung des Kosovo von Serbien gefördert hatten, sei die Entität von der UNO immer noch nicht anerkannt worden. Serbien lehne die Abspaltung trotz des anhaltenden westlichen Drucks weiter ab.

Der Präzedenzfall Kosovo werde die westlichen Mächte jedoch nicht davon abhalten, den Beitritt von Regionen der Ukraine zur Russischen Föderation zu verurteilen. Die große Frage sei heute die nach dem russischen Kalkül. Präsident Wladimir Putin habe sicherlich einkalkuliert, dass der Beitritt der "russischen Regionen" in der Ost- und Südukraine in der Öffentlichkeit sehr populär ist. Er habe nie einen Hehl daraus gemacht, dass er ein feines Gespür für die Hoffnungen und Bestrebungen seines Volkes hat. Die aufschlussreichsten (und maßgeblichen) Kommentare zu diesem Thema stammen vom ehemaligen Präsidenten Dmitri Medwedew, erklärt der Autor.

Medwedew sei der Meinung, dass diese Plebiszite "den Vektor der Entwicklung Russlands für Jahrzehnte völlig verändern. Und nicht nur unser Land. Denn nachdem sie (die Volksabstimmungen) abgehalten und die neuen Gebiete in Russland aufgenommen worden sind, wird die geopolitische Transformation in der Welt unumkehrbar werden." Vor allem aber habe Medwedew gewarnt: "Ein Übergriff auf das Territorium Russlands ist ein Verbrechen, dessen Begehung es erlaubt, alle Kräfte der Selbstverteidigung einzusetzen."

Wenn der Prozess der Annexion der neuen Gebiete abgeschlossen ist, so Medwedew weiter,

"wird kein einziger künftiger russischer Staatschef, kein einziger Beamter in der Lage sein, diese Entscheidungen rückgängig zu machen. Deshalb sind diese Volksabstimmungen in Kiew und im Westen so gefürchtet. Deshalb müssen sie auch durchgeführt werden".

Es zeige sich, so der Autor weiter, dass Russland die Hoffnung auf eine Verhandlungslösung aufgegeben habe. Ursprünglich sei Moskau optimistisch gewesen, dass Kiew verhandeln würde, aber die bittere Erfahrung hätte gezeigt, dass Präsident Zelenski kein freier Mann sei. Das US-amerikanisch-britische Tandem habe die von russischen und ukrainischen Beamten im April in Istanbul unter türkischer Vermittlung ausgehandelte Vereinbarung untergraben. Die Biden-Administration halte die Stoppuhr für den Stellvertreterkrieg in der Hand. Und Washingtons Zeitplan sei mit der Schwächung und Zerstörung des russischen Staates verbunden, was das ultimative Ziel der USA sei.

Es genüge zu sagen, dass das Referendum unter den gegebenen Umständen die einzige Handlungsmöglichkeit Russlands sei, während Kiew eine maximalistische Position beibehalte, zu der die USA, Großbritannien und Polen geraten haben.

Der Beitritt von Donbass, Cherson und Saporoschje schaffe eine neue politische Realität, die Russland mit der teilweisen Mobilisierung auf paralleler Schiene militärisch untermauern werde.

Der Beitritt bedeute insofern einen Paradigmenwechsel, als jeder weitere Angriff auf diese Regionen von Moskau als Angriff auf die territoriale Integrität und Souveränität Russlands gewertet werden kann.

Die mutwilligen Angriffe Kiews auf die Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur in Donbass, Cherson und Saporoschje werden mit Sicherheit eine russische Reaktion auslösen, meint der Ex-Diplomat. Jeder Angriff werde nun als Aggression betrachtet und Moskau behalte sich das Recht vor, "angemessen" zu reagieren. Die Tatsache, dass der russische Aufmarsch in diesen Gebieten erheblich aufgestockt und aufgerüstet wird, signalisiere die Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt.

In der Zwischenzeit werde Russland seine speziellen Militäroperationen fortsetzen, bis die gesteckten Ziele vollständig erreicht sind. Das bedeute, dass noch mehr Gebiete unter russische Kontrolle geraten können, wodurch immer neue Tatsachen geschaffen werden, während die Spur des Dialogs erloschen sei. Und natürlich spiele sich all dies zu einem Zeitpunkt ab, an dem Europa in die Rezession abrutscht, weil die

Sanktionen gegen Russland zum Bumerang würden. Es sei unwahrscheinlich, dass die europäische Öffentlichkeit ihre Regierungen dabei unterstützen werde, wegen der Ukraine in einen Krieg mit Russland einzutreten. Kiew und seine Mentoren in Washington und London müssten dies alles sehr sorgfältig bedenken.

Weder das Pentagon noch die russische Militärführung werden das Risiko der ernsthaften direkten Konfrontation eingehen, meint Bhadrakumar zuversichtlich. Es sei wahrscheinlich, dass der Beitritt der neuen Gebiete zur Russischen Föderation weder von den USA noch von der NATO militärisch in Frage gestellt werde.

Dennoch befinde sich Russland, wie Verteidigungsminister Sergej Schoigu sagte, ohnehin im Krieg mit der NATO, wenn auch nicht in Bezug auf die Waffenlieferungen der USA, denen "wir etwas entgegensetzen können", sondern in Bezug auf die bestehenden westlichen Systeme - Kommunikationssysteme, Informationsverarbeitungssysteme, Aufklärungssysteme und Satellitenaufklärung.

Der Beitritt der Regionen Donbass, Cherson und Saporoschje zur Russischen Föderation sei ein unwiderruflicher Schritt, der nicht rückgängig gemacht werden könne und werde, solange die Russische Föderation ein unabhängiger Staat ist, wie Medwedew betont habe. Die USA - und der "kollektive Westen" aber auch die NATO - würden das wissen. Im Klartext:

Der NATO-Algorithmus für Stellvertreterkriege ist obsolet geworden und wird zum Museumsstück.

Die Analogie der CIA zum afghanischen Dschihad der 1980er Jahre gelte nicht mehr, meint Bhadrakumar - falls sie überhaupt jemals galten. In der Tat habe Russland einen "Sumpf" in der Ukraine vermieden und sei auf dem Weg, den Spieß gegen die NATO umzudrehen.

In seiner nationalen Ansprache am Mittwoch habe Putin gesagt:

"Im Falle einer Bedrohung der territorialen Integrität unseres Landes und zur Verteidigung Russlands und unseres Volkes werden wir sicherlich von allen uns zur Verfügung stehenden Waffensystemen"

Gebrauch machen. Das ist kein Bluff."

Putin sagte auch, dass Russland über eine überlegene nukleare Schlagkraft verfüge. Um doppelt sicher zu gehen, dass die Botschaft angekommen ist, habe Moskau den Schleier über seine neueste ICBM, Sarmat, gelüftet.

Bhadrakumar fügte dann am 28. September noch eine Beurteilung des Angriffs auf die NordStream Gasleitungen hinzu. Er sagt, dass dieser Angriff die Aussichten für einen Dialog in der Ukraine zur Beendigung des Konflikts nun endgültig beseitigt habe (2).

Die Zerstörung von NorthStream

Der Autor beginnt mit der Erklärung, dass die meisten westlichen Regierungen sehr schnell erklärt hatten, dass es sich offensichtlich um einen Sabotageakt handelte.

Unterdessen habe Radoslaw Sikorski, Mitglied des Europäischen Parlaments und ehemaliger polnischer Außenminister, den USA für die Beschädigung der Nord Stream-Pipelines gedankt. *"Eine kleine Sache, aber so viel Freude"*, twitterte Sikorski und fügte hinzu: *"Danke, USA."* Sikorski habe US-Präsident Joe Biden zitiert, der am 7. Februar, bevor Russland seine Militäroperation in der Ukraine begann, gedroht hatte, wenn Moskau gegen Kiew vorgehen würde, *"wird es kein Nord Stream 2 mehr geben. Wir werden dem ein Ende setzen."* Als ein Journalist Biden um eine Klarstellung bat, sagte er rätselhaft: *"Ich verspreche Ihnen, dass wir in der Lage sein werden, das zu tun."*

Tatsächlich, so der Autor weiter, wurden Berichten zufolge kürzlich zwei Gruppen von US-Kriegsschiffen in einem Umkreis von 30 km um den Ort des Anschlags auf Nord Stream gesichtet. Sikorski zufolge habe der Schaden an der Nord Stream den Handlungsspielraum Russlands eingeengt, da Moskau nun mit den Ländern, die die Gaspipelines Druschba und Jamal kontrollieren - der Ukraine bzw. Polen - sprechen müsse, um die Gaslieferungen nach Europa wieder aufzunehmen.

Die deutschen Sicherheitsdienste seien der Meinung, dass nur ein staatlicher Akteur die

Unterwasserpipeline beschädigt haben kann, und vermuten, dass *"Taucher oder ein Mini-U-Boot"* Minen oder Sprengstoff an der Pipeline angebracht haben könnten. Der US-Außenminister Antony Blinken wollte sich dazu nicht äußern und sagte: *"Es handelt sich um erste Berichte (über Sabotage), die wir noch nicht bestätigt haben. Aber wenn sie sich bestätigen, ist das eindeutig in niemandes Interesse"*.

Aus amerikanischer Sicht, so Blinken, gebe es zwar *"klare Herausforderungen in den kommenden Monaten"* in Bezug auf die europäische Energieversorgung, *"aber es gibt auch eine sehr bedeutende Gelegenheit, zwei Dinge zu tun."* Die erste bestehe darin, *"endlich die Abhängigkeit Europas von russischer Energie zu beenden"* und die zweite darin, *"den Übergang zu erneuerbaren Energien zu beschleunigen"*, damit der Westen die *"klimatische Herausforderung"* angehen kann.

Für Washington liege die Priorität eindeutig darin, eine Preisobergrenze für russische Ölexporte einzuführen und die LNG-Lieferungen nach Europa zu einem Zeitpunkt anzukurbeln, an dem die USA in diesem Jahr zum größten LNG-Exporteur der Welt geworden sind, was zum Teil auf das vom Westen verhängte Embargo gegen Russland zurückzuführen sei. Und die Entscheidung über die Preisobergrenze müsse von der EU gebilligt werden.

Die geopolitischen Auswirkungen würden auf der Hand liegen, erklärt der Ex-Diplomat. Der Angriff auf NordStream habe stattgefunden, als am Montag im Donbass, in Saporoshje und Cherson das Referendum über den Beitritt dieser Regionen zu Russland begann. Am Sonntag hatte Biden eine deutliche Erklärung abgegeben, in der er sagte, dass die USA ukrainisches Territorium niemals als etwas anderes als Teil der Ukraine anerkennen würden und dass *"Russlands Referenden ein Schwindel sind"*.

Sikorski habe darauf hingewiesen, dass die Wiederaufnahme der russischen Gaslieferungen nach Deutschland angesichts der vernichtenden Schäden an der Nord Stream nur über die durch Polen und die Ukraine verlaufenden Pipelines aus der Sowjetzeit möglich sei. Doch Warschau und Kiew würden unter den gegebenen Umständen wohl nicht kooperieren.

Vor allem verliere Russland jeglichen Einfluss auf die deutsche Politik in einer Zeit, in der eine schwere

Wirtschaftskrise drohe und der Ruf nach einer Überprüfung der Entscheidung Berlins gegen die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 lauter wird.

Letzte Woche fanden in Deutschland große Demonstrationen statt, bei denen die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 gefordert wurde, um die Energieknappheit zu beheben.

Auch die deutsche Führung habe nun keine Möglichkeit mehr, in den sauren Apfel zu beißen und sich um die Wiederaufnahme der russischen Gaslieferungen zu bemühen (es sei denn, sie bittet Polen und die Ukraine um Zusammenarbeit bei der Wiedereröffnung der Jamal- und Druschba-Pipelines). Die Reise von Bundeskanzler Scholz in die Golfregion (Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar) am vergangenen Wochenende, bei der er sich um weitere Öllieferungen bemühte, hatten nicht die erhofften Ergebnisse gebracht, so der Autor weiter.

Saudi-Arabien, das bei der Regulierung der Ölförderung mit Russland verbündet sei, nehme auf der Weltbühne weiterhin eine zweideutige Position ein, während der Westen Russland in der Frage der vollständigen Energieunabhängigkeit gegenüberstehe. In den Vereinigten Arabischen Emiraten erzielte Scholz etwas bessere Ergebnisse, indem er ein Abkommen über Energiesicherheit unterzeichnete, das die Lieferung von Flüssiggas bis Ende 2022 vorsehe.

Aus einem anderen Blickwinkel betrachtet, wären die Nord Stream-Pipelines zu einem entscheidenden Zeitpunkt im Ukraine-Konflikt abgeschaltet worden, als für den Herbst bis Dezember eine Ruhepause erwartet werde. Dies hätte ein kleines Zeitfenster für einen Dialog mit Moskau darstellen können. Es gebe Gerüchte, dass Scholz' Golfreise auch darauf abzielte, den saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman um Hilfe zu bitten, der ausgezeichnete Beziehungen zum russischen Präsidenten Wladimir Putin unterhält. (Prinz Salman habe vor kurzem den Gefangenenaustausch zwischen Moskau und Kiew eingefädelt.)

Das Fazit sei, dass in jeder Architektur des Dialogs zwischen Europa und Russland die Wiederaufnahme der russischen Energielieferungen zur Linderung der Wirtschaftskrise in Europa ein Leitmotiv wäre. Wer auch immer den Anschlag auf Nord Stream verübt habe, hatte also ein perfektes Gespür für das richtige Timing.

Diese heimtückische Tat sei staatlich gefördert und mache deutlich, dass es im Westen mächtige Kräfte gibt, die eine Verlängerung des Konflikts wollen und alles daran setzen werden, jeden Ansatz von Waffenstillstand und Dialog zu unterdrücken, koste es, was es wolle.

Ein solcher "vorsätzlicher Sabotageakt" habe lange im Voraus geplant werden müssen. Es überrasche nicht, dass der Kreml sagt, er sei "äußerst besorgt über den Vorfall". Bhadrakumar meint, dass der Vorfall vergleichbar sei mit der anglo-amerikanischen Sabotage des Istanbuler Abkommens zwischen Kiew und Moskau Ende März, durch die der Krieg um fünf Monate verlängert wurde.

Im vorliegenden Fall habe die Kriegslobby die letzte Brücke für einen Frieden zerstört und dafür gesorgt, dass die europäischen Länder keine Möglichkeit mehr haben, auf russisches Gas zurückzugreifen um ihre Wirtschaft zu retten.

Abschließend weist der Autor darauf hin, dass der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban sarkastisch bemerkte, wie die amerikanischen Ölgesellschaften zu "Kriegsgewinnlern" geworden seien.

Die USA hätten nicht nur den russischen Energielieferanten ersetzt, sondern würden die Europäer auch zwingen, das Acht- bis Zehnfache des mit Gazprom vereinbarten Preises zu zahlen.

Soweit dieser Artikel.

Zum Abschluss noch eine Bemerkung von Pepe Escobar (4), der ausführt, dass die NATO auf dem Gebiet der Unterwasserdrohnen sehr aktiv gewesen sei. Die Amerikaner haben ihm zufolge zum Beispiel Zugang zu norwegischen Langstrecken-Unterwasserdrohnen, die mit anderen Designs modifiziert werden können. Alternativ könnten auch professionelle Marinetaucher für die Sabotage eingesetzt worden sein - auch wenn die Gezeitenströmungen um Bornholm eine ernste Angelegenheit sei.

Das große Bild zeige den kollektiven Westen in absoluter Panik, mit atlantischen "Eliten", die zu allem bereit seien - ungeheuerliche Lügen, Attentate, Terrorismus, Sabotage, Finanzkrieg, Unterstützung von

Neonazis - um ihren Abstieg in einen geopolitischen und geoökonomischen Abgrund zu verhindern.

Die Abschaltung von NS und NS2 bedeute die endgültige Beendigung jeglicher Möglichkeit eines deutsch-russischen Abkommens über Gaslieferungen, mit dem zusätzlichen Vorteil, dass Deutschland auf den niedrigen Status eines absoluten US-Vasallen zurückgestuft wird.

Dann kommt der Autor auf einen wichtigen Punkt in Hinsicht auf die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands: Der entscheidende Punkt sei, dass die „Verteidigungsgemeinschaft“ möglicherweise mit dem Fall eines EU/NATO-Mitglieds konfrontiert sei, das in einen Sabotageakt gegen die wichtigste EU/NATO-Wirtschaft verwickelt ist. Das sei ein casus belli, also ein Grund einem anderen Staat den Krieg zu erklären. Abgesehen von der erschreckenden Mittelmäßigkeit und Feigheit der derzeitigen Regierung in Berlin sei es klar, dass der BND - der deutsche Geheimdienst - sowie die deutsche Marine und informierte Industrielle früher oder später „die Rechnung aufmachen“ werden.

Dann erklärt Escobar, dass es nicht der erste Anschlag dieser Art gewesen sei. Am 22. September gab es demnach schon einen Anschlag auf Turkish Stream durch Kiewer Saboteure. Aber außer Indizien gebe es auch Beweise. Am Tag vor dem Anschlag wurden auf der Krim Marinedrohnen mit englischsprachigen Kennungen gefunden, die vermutlich Teil des Komplotts waren, meint der Autor. Hinzu würden US-Hubschrauber gezählt werden müssen, die vor Wochen die künftigen Sabotageknotenpunkte überflogen, ein britisches "Forschungsschiff", das seit Mitte September in dänischen Gewässern „herumlungert“, und ein Tweet der NATO über die Erprobung "*neuer unbemannter Systeme auf See*" am Tag des Sabotageakts.

Bewertung

Jeder sollte nun erkennen können, dass eine Macht, welche den Tod von 500.000 Kindern durch Sanktionen gegen den Irak als bedauernswerten aber notwendigen Kollateralschaden einschätzt, die Zerstörung Deutschlands als Industriestandort und die Vernichtung von Millionen Existenzen ebenfalls lediglich als notwendigen Kollateralschaden betrachtet. Das wäre für einen Deutschen vielleicht noch zu verkraften. Allerdings nicht die Kollaboration der Führung des eigenen Landes mit jenen Kräften, die ganz

offensichtlich Deutschland als reine Opferanode im Krieg gegen Russland betrachten. Und leider muss festgestellt werden, dass dies nicht nur die Regierung, sondern den größten Teil der so genannten Volksvertreter, die Bundestagsabgeordneten betrifft. Besser sollten sie als das genannt werden, was sie in Wahrheit sind, nämlich Vertreter der so genannten „*staatstragenden*“ politischen Parteien.

Die Delegitimation dieser Politiker wird nicht durch ihre Kritiker verursacht, sondern durch die von ihnen hingenommene Politik eines brutalen und rücksichtslosen Hegemeons, die zum ersten Mal einer breiteren Öffentlichkeit in dem Skandal der Abhörung des Mobiltelefons von Angela Merkel bekannt wurde. Hatte Ex-Bundeskanzler Kohl noch NATO-Kriegsspiele verlassen, als die USA in ihnen die Kernwaffenbombardierung deutscher Städte beabsichtigte, um ein Vorrücken sowjetischer Truppen zu verhindern, muss man davon ausgehen, dass seine Nachfolger diese Skrupel heute nicht mehr haben.

Es ist nicht nur, dass der „*Kaiser nackt ist*“. Sondern er ist so hässlich, dass die Worte fehlen, um den Abscheu gegenüber dieser Heuchelei, den Lügen und der offensichtlichen Korruption zum Ausdruck zu bringen. Heinrich Heines „*Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht*“ kann die Hoffnungslosigkeit, Trauer und Wut nur unzureichend beschreiben, welche viele Menschen heute angesichts der Handlungen dieser selbsternannten narzisstischen Elite umtreiben.

Aber eine Tatsache sollte Hoffnung geben: Je tiefer ein Land fällt, desto wahrscheinlicher ist ein neuer Aufstieg. Die entscheidende Frage wird also sein, wie tief Deutschland noch sinken muss, ob es wieder erst in Asche fallen muss, um dann wie ein Phönix aufzusteigen. Oder ob die Mehrheit der deutschen Menschen endlich trotz der allumfänglichen Indoktrination aufwachen, und den Herrschenden dieses Landes klar machen, dass nun der tiefste Punkt erreicht ist.

Quellen und Ausblick

Interessant sind auch weitere Teile aus dem Artikel vom bereits vorgestellten Pepe Escobar. Nicht nur weil sein neuestes Buch über die „*Raging Twenties*“ von Facebook und Twitter aus politischen Gründen gesperrt wurde, sollte man genauer hinschauen. Er schrieb eine längere Analyse über die Situation nach der

Sprengung der Pipelines, die er als Kriegserklärung gegen Deutschland und die EU definiert, und schließt dann mit ein paar Bemerkungen, die ich hinter den Quellen hinzufüge.

(1)<https://www.indianpunchline.com/why-ukraine-referendum-is-a-big-deal/>

(2)<https://www.indianpunchline.com/attack-on-nord-stream-kills-prospects-for-dialogue-in-ukraine/>

(3)<https://www.unz.com/pescobar/germany-and-eu-have-been-handed-over-a-declaration-of-war/>

(4)<https://www.unz.com/pescobar/germany-and-eu-have-been-handed-over-a-declaration-of-war/>

Die Kriegserklärung

Pepe Escobar meint auch, dass es nun noch schlimmer kommen werde, denn an der Front der Pipeline-Terrorakte gebe es nun kein Halten mehr. Russland werde nicht nur wegen Turk Stream, sondern auch wegen Power of Siberia in Alarmbereitschaft sein. Das Gleiche gelte für die Chinesen und ihr Labyrinth von Pipelines, die in Xinjiang ankommen.

Unabhängig von der Methodik und den Akteuren, die in die Sache verwickelt waren, sei dies die Rache für die unvermeidliche kollektive Niederlage des Westens in der Ukraine. Und eine grobe Warnung an den globalen Süden, dass sie es wieder tun werden. Doch Aktion erzeuge immer Reaktion: Von nun an könnten auch mit US-amerikanischen und britischen Pipelines in internationalen Gewässern "komische Dinge" passieren.

Die EU-Oligarchie befinde sich blitzschnell in einem fortgeschrittenen Auflösungsprozess, erklärt der Autor.

Das Zeitfenster, in dem sie zumindest versuchen konnte, eine Rolle als strategisch autonomer geopolitischer Akteur zu spielen, sei nun geschlossen.

Die Eurokraten befänden sich nun in einer ernststen Zwickmühle. Sobald klar sei, wer die Täter der Sabotage in der Ostsee sind, und sobald sie die lebensverändernden sozioökonomischen Folgen für die Bürger der

gesamten EU verstehen, werde das Kabuki, oder für deutsche Leser besser verständlich, das Tanzen des Namens, aufhören müssen. Dazu gehöre auch die bereits laufende, äußerst lächerliche Nebenhandlung, dass Russland seine eigene Pipeline in die Luft gesprengt habe, während Gazprom einfach die Ventile für immer hätte abdrehen können.

Und es komme noch schlimmer: Gazprom droht, das ukrainische Energieunternehmen Naftogaz wegen unbezahlter Rechnungen zu verklagen. Das könne dazu führen, dass kein russisches Gas mehr durch die Ukraine in die EU geleitet wird. Als ob das alles nicht schon schlimm genug wäre, sei Deutschland vertraglich verpflichtet, bis 2030 jährlich mindestens 40 Milliarden Kubikmeter russisches Gas abzunehmen.

Dann führt Escobar aus, dass die Europäer nicht einfach NEIN sagen können. Gazprom habe einen Rechtsanspruch darauf, auch ohne Gaslieferungen bezahlt zu werden. Das sei ja der Sinn eines langfristigen Vertrags. Und das passiere jetzt schon: Wegen der Sanktionen bekomme Berlin nicht das ganze Gas, das es braucht, muss aber trotzdem zahlen.

Hier muss man einfügen, dass durch die Sprengungen der Pipelines natürlich für Deutschland die Möglichkeit eröffnet wurde, sich auf „höhere Gewalt“ durch welche die Unmöglichkeit der Lieferabnahme entstand, zu beziehen, und die Zahlungen zu verweigern. Und man sollte hinzufügen, dass im Krieg eigentlich nur der Verlierer Rechnungen bezahlen muss. Also muß man abwarten, bis der Krieg vorbei ist, falls dann noch jemand in der Lage ist, etwas zu bezahlen.

Escobar fährt dann fort zu erklären, dass jetzt schmerzlich deutlich werde, dass die imperialen Samthandschuhe ausgezogen seien, wenn es um die Vasallen gehe.

„Unabhängigkeit der EU: verboten. Zusammenarbeit mit China: verboten. Unabhängige Handelsverbindungen mit Asien: verboten. Der einzige Platz für die EU ist die wirtschaftliche Unterwerfung unter die USA: eine geschmacklose Neuauflage der Jahre 1945-1955. Mit einer perversen neoliberalen Wendung: Wir werden eure industriellen Kapazitäten besitzen, und ihr werdet nichts haben.“

Der Autor erklärt dann, dass die Sprengung der Pipelines zeige, was verschiedene Analysten seit geraumer Zeit erklären. Die Sabotage von NS und NS2 sei Teil des imperialen feuchten Traums, die eurasische Landmasse in tausend Teile zu zerlegen, um eine transeurasische Konsolidierung zwischen Deutschland (stellvertretend für die EU), Russland und China zu verhindern: ein BIP von 50 Billionen Dollar auf der Grundlage der Kaufkraftparität (KKP) im Vergleich zu 20 Billionen Dollar in den USA.

Escobar kommt dann auf den dem Leser vermutlich bekannten Mackinder zurück, der schon früh erklärte, dass die Kontrolle über die eurasische Landmasse die Kontrolle über die Welt bedeute. Die amerikanischen Eliten und ihre trojanischen Pferde in Europa würden nun alles tun, um ihre Kontrolle nicht aufzugeben.

„Die ‚amerikanischen Eliten‘ umfassen in diesem Zusammenhang die gestörte, von Strauß'schen Neokonservativen verseuchte ‚Geheimdienstgemeinschaft‘ und die großen Energie-, Pharma- und Finanzkonzerne, die sie bezahlen und die nicht nur vom ‚Forever War‘-Ansatz des Tiefen Staates profitieren, sondern auch mit dem in Davos ausgeheckten ‚Great Reset‘ ein Vermögen machen wollen.“

(3)

Die wütenden Zwanziger Jahre, so Escobar weiter, begannen mit einem Mord - an General Soleimani (und ca. einem dutzend „Kollateralschäden“). Die Sprengung von Pipelines sei Teil der Fortsetzung. Bis zum Jahr 2030 werde es einen „Highway to hell“ geben.

Reaktion auf Kommentare

Es gibt einige Kommentatoren, welche die Meinung äußern, dass das multipolare System einer Staatenordnung keine wirkliche Alternative sei und nur eine neue Herrschaftsvariante welche die Menschen weiter unmündig und nicht selbstbestimmt leben lasse. Ich hatte schon im Anhang zu meinem letzten PodCast darauf hingewiesen, dass es zunächst darum gehe, die Menschen in den Gesellschaften auf eine höhere Stufe der Bedürfnispyramide zu heben. Solange Menschen ums blanke Überleben kämpfen, solange haben sie gar kein Bedürfnis nach „Selbstverwirklichung“. Und das bisherige koloniale System der Unterdrückung und Ausbeutung, sowohl von fremden Gesellschaften als auch eigenen Gesellschaften, hat

kein Interesse daran, die Menschen auf eine höhere Stufe der Bedürfnispyramide zu heben.

Dass sie es nach dem 2. Weltkrieg doch unbewusst taten, ist lediglich dem Wettbewerb mit einem konkurrierenden Gesellschaftssystem, dem der Sowjetunion, zu verdanken. In dem Augenblick, da dieser Wettbewerb weggefallen war, das können viele Menschen mit ausreichendem Lebensalter erzählen, ging es abwärts auf der Bedürfnispyramide. Der größte Sturz in Deutschland steht nun bevor, da die Energiekosten und Inflation Ersparnisse auffressen und die Menschen bald dort sind, wo sie am wenigsten an Selbstverwirklichung denken. Denn sie sind zu beschäftigt damit, für Heizung, Strom und Nahrung zu sorgen.

Der Multipolarismus ist nun in einer ähnlichen Situation wie die kapitalistische Gesellschaftsordnung nach dem 2. Weltkrieg. Sie steht im Wettbewerb zu Letzteren. Und sie versucht die Gesellschaften durch wirtschaftliche Entwicklung aus Armut, Not und Abhängigkeit zu befreien, wobei natürlich neue Abhängigkeiten entstehen. Aber dabei ist unvermeidbar, dass Menschen in den Gesellschaften durch diese Entwicklung in der Bedürfnispyramide aufsteigen. Und mit diesem Aufstieg wird der Wunsch nach selbstbestimmten Leben wachsen.

Dass dies durch eine gewisse Zeit durch Konsumismus und in China durch die konfuzianische Geschichte unterdrückt wird, darf nicht davor hinwegtäuschen, dass mit dem Aufstieg in der Bedürfnispyramide, Menschen zunehmend selbstbestimmt leben wollen. Thailand, Südkorea, Indonesien und andere Gesellschaften zeigen die Entwicklung auf.

Deshalb ist der Multipolarismus eigentlich die Realisierung der Ideale der Aufklärung und wird angetrieben durch Toleranz, Gewaltenteilung, Interessenausgleich. Dass dies zunächst nur zwischen Staaten betrieben wird, soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass es früher oder später auch in den Gesellschaften dazu kommen wird.

Wir sehen am Beispiel der USA, die Gewalt und Krieg als Lebensinhalt in sich tragen, wie Gewitterwolken den Regen, dass das, was der Staat auf globaler Ebene vollzieht, sich innerhalb der Gesellschaft in Form von Gewaltexzessen widerspiegelt. Es sind nicht die „liberalen Waffengesetze“, sondern die Verinnerlichung

der Gewalt als legitimes Mittel, wie es vom Staat vorgelebt wird.

Insofern ist für mich der Multipolarismus, in dem sich auch verfeindete Staaten auf der Basis gemeinsamer Interessen zusammenschließen, der Auslöser dafür, dass dadurch ihren Gesellschaften die Möglichkeit verschafft wird, Wohlstand zu mehren und Not und Armut zu vermindern. Und letztendlich wird dadurch der Weg geebnet für den Aufstieg in der Bedürfnispyramide. Und abgesehen davon wird die Gefahr von Kriegen reduziert und Arbeitskraft der Menschen, die bisher in Vernichtung kanalisiert wird, wird freigesetzt, um konstruktiv zum Wohlstand der Gesellschaften beizutragen.

Letzteres ist allerdings erst möglich, wenn die Bedrohung durch die Militärmaschinerie der USA und der NATO beseitigt wurde. So lange diese existiert, werden die Menschen in ihrer Entwicklung eingeschränkt, weil die von ihnen mühsam erarbeitete Werte eben für abschreckende oder verteidigende Vernichtungspotentiale genutzt werden müssen.

Während der Kapitalismus mit der Auflösung der Sowjetunion sein hässliches Gesicht zeigte, die ganze Welt beherrschen und ausbeuten wollte, wird im Fall des Multipolarismus bei Wegfall des konkurrierenden Systems der imperialen Macht mit seinen Vasallen, Abrüstung möglich und die Vernichtung von Wohlstand durch Rüstung deutlich verringert. Was wiederum den Aufstieg in der Bedürfnispyramide beschleunigt.

Great Reset

An dieser Stelle möchte ich das Ende eines langen Artikels des Freidenkers Klaus Linder über den „Great Reset“ einfügen. Denn auch aus extrem linker Sicht ist die Entwicklung zum Multipolarismus eine Widerstandsbewegung gegen die menschenverachtende Politik des Monopolkapitalismus, wenn man nur genau hinschaut.

„Diese dem heutigen Kapitalismus unter der Herrschaft des Finanzkapitals innewohnenden Tendenzen zur Barbarei, zur Bestialität, haben im gegenwärtigen Zustand übergreifender Faschisierung unter dem Aggressionsschirm der NATO, in der Kombination von Klima- und Corona-Ausnahmeständen mit der offenen Kriegspolitik der produktivkraft-zerstörenden, in Hunger und Elend treibenden ,Sanktionen

gegen Rußland', nun einen Kulminationspunkt erreicht.

Die Ankündigungen des ‚Great Reset‘ sind ernst zu nehmen. Nicht ernst zu nehmen ist die Großsprecherei, als stünde die Agenda von Davos vor der Bildung einer ‚totalen Weltregierung‘ eines ‚Superstaates‘ nach den fiktiven Vorgaben der Burnham, Huxley, Orwell.

Noch einmal Lenin: ‚Der Verfasser hat vollkommen Recht. Würden die Kräfte des Imperialismus nicht auf Widerstand stoßen, so würden sie eben dahin führen‘“.

Ob und in welcher Form es zu diesem Widerstand auf nationaler Ebene kommen wird, in Deutschland und den Ländern der EU, wird die nähere Zukunft erweisen. Ungeachtet dessen entscheidet sich diese Frage gleichwohl bereits auf den Schlachtfeldern des Donbass und vor Taiwan – und es wird keine Entscheidung im Sinne der historisch perspektivlosen, ihren eigenen Untergang als Apokalypse verkündenden Klasse sein, für die Klaus Schwab das jährliche Theaterstück seines World Economic Forum inszeniert.“ (<https://www.freidenker.org/?p=14310>)

USA waren es nicht

Es gibt tatsächlich noch Menschen, die zweifeln daran, dass die NordStream Pipelines unter maßgeblicher Hilfe der USA zerstört wurden. Man überlege sich folgenden Gerichtsfall:

Ein vermutlicher Täter hatte die Tat angekündigt, er war zum Zeitpunkt der Tat am Tatort, er ist derjenige, der im größten Maße von der Tat profitiert, und er ist ein bekannter Wiederholungstäter, und ein anderer Profiteur der Tat dankte ihm für die Tat.

Dieser vermutliche Täter weist nun darauf hin, dass es eigentlich das Opfer selbst war, das diese Tat lange geplant hatte, weshalb es ihm möglich war, sich selbst zu schädigen. Die Anklage erklärt dann, dass das Opfer, ohne irgendetwas tun zu müssen, über viele Jahre viel Geld erhalten hätte, aber durch die Tat dies verunmöglicht wurde. Die Tat vernichtet also nicht nur Werte, sondern auch zukünftige Einnahmen ohne Gegenleistung des Opfers. Deshalb sei es vollkommen unmöglich, dass er die Tat geplant und durchgeführt

habe, nur um sich als Opfer darstellen zu können.

Was mögen wohl die Geschworenen davon halten? Wie wird wohl das Urteil des Gerichts ausfallen?

Übrigens: Die wenigsten Menschen dürften mitbekommen haben, dass schon 2015 durch das schwedische Militär eine Unterwasserdrohne mit Sprengstoff in der Nähe einer NordStream-Pipeline gefunden worden war, ohne dass man sich vorsichtshalber die Mühe gemacht hatte, das Ursprungsland zu ermitteln. (<https://www.pipeline-journal.net/news/explosive-laden-drone-found-near-nord-stream-pipeline>) Und so dürfen wir sicher sein, dass auch neuere Untersuchungen der Explosion mit Sicherheit keine belastenden Beweise aus dem Wasser bringen werden. Wenn man einen Täter und/oder seine Verbündeten zu Untersuchern macht, wird das Ergebnisse das gleiche sein, wie in dem Fall, in dem man einen Politiker zum Verfassungsrichter macht, damit er über seine Kollegen und Freunde urteilt.

Schließlich möchte ich noch einmal daran erinnern, mit welchen Methoden die USA in der Vergangenheit ihre Wirtschaftsinteressen durchgesetzt haben und unter anderem auf das Buch „*Bekenntnisse eines Economic Hit Man*“ hinweisen. Ein hohes Weltpreisniveau für Gas wäre durch NordStream2 verhindert worden, das hatte vor Jahren eine wissenschaftliche Untersuchung ergeben. (<https://www.energie.de/et/news-detailansicht/nsctrl/detail/News/auswirkungen-von-nord-stream-2-auf-die-gaspreise-in-europa>) Ein solcher niedriger Gaspreis hätte die Exportmöglichkeiten für US-Frackinggas praktisch unmöglich gemacht. Deshalb war von mir seit Jahren erwartet worden, dass eine Sprengung der Pipelines erfolgt. Wenn auch die Hoffnung überwog, dass der Widerstand in der deutschen Politik das verhindern könnte.

Nun fordern einige Kommentatoren Russland auf, die Beweise zu den Terrorakten auf den Tisch zu legen. Das will Russland auch gerne tun, und zwar in einem Gremium, dem die ganze Welt zusehen kann, und das diese Präsentation für Generationen festhält, nämlich vor dem Sicherheitsrat der UN. Nun ratet mal, ob es zu einer solchen Präsentation kommen wird, oder ob der Westen dies zu verhindern weiß. Wenn die Verhinderung gelingt, dann bleiben also nur die russischen Medien zur Veröffentlichung, vor denen die Massen im Westen ja glücklicherweise durch Zensur geschützt werden.

Gas-Langfristverträge

Wer nun auch von den Explosionen profitiert, ist diese Regierung, was das Stillschweigen erklären kann. Denn durch die Unmöglichkeit der Gasabnahme, also sozusagen „höhere Gewalt“, muss nun die vertraglich vereinbarte Mindestmenge an Gas nicht mehr nach Russland bezahlt werden. Es war naiv zu glauben, dass diese Zahlungen (auch ohne Lieferungen) deutsche Politiker vielleicht hätten dazu bewegen können, gegen den Willen des großen Bruders in Washington doch Gas aus Russland, wenigstens in der vertraglich vereinbarten Mindestmenge, liefern zu lassen. Es war klar, dass man „Wege“ finden würde, diese Zahlungen zu vermeiden. Wer glaubt, dass sich Kräfte, die dem Imperium dienen, an Verträge halten, ist ganz einfach naiv. Weshalb ich seit Jahren davor warne, Verträge mit solchen Kräften überhaupt einzugehen, und sich dadurch erpressbar zu machen.

+++

Dank an den Autor für das Recht zur Veröffentlichung des Beitrags.

+++

Bildquelle: [Maxx-Studio](#)/ shutterstock